



**Einreichfrist verlängert
bis zum 03.10.2011 bzw. 15.10.2011**

FTVI & FTRI 2012: Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur

Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und Fachtagung Rechtsinformatik (FTRI)

15.-16. März 2012 in Friedrichshafen

<http://www.ftvi.de>

Die Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI) und die Fachtagung Rechtsinformatik (FTRI) haben zum Ziel, einen richtungsweisenden Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltungspraktikern, Rechtspraktikern und Beratern zu fördern, indem Konzepte und Erfahrungen analysiert sowie Umsetzungsstrategien aufgezeigt werden. Die FTVI wird alle zwei Jahre von der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik ausgerichtet. Die FTRI wird 2012 zum zweiten Mal gemeinsam mit der FTVI ausgerichtet. 2012 stehen die 9. FTVI und die 2. FTRI unter dem gemeinsamen Motto:

„Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur“

Aufruf zu Beiträgen

Soziale Medien, die Web 2.0-Technologien und Cloud Computing-Angebote tragen derzeit erheblich zu einer Öffnung von Staat und Verwaltung bei. Sie stärken viele Good-Governance-Prinzipien wie etwa Offenheit, Transparenz, Partizipation, Kollaboration, Bürgerorientierung und Verantwortungsbewusstsein. Allerdings muss das Regieren und Verwalten in offenen, dynamischen und komplexen Strukturen noch erlernt werden. Open Data und Innovationsplattformen bringen Innovations- und Öffnungsimpulse in die öffentliche Verwaltung. Interoperabilität und offene Standards helfen, bestehende Barrieren über Organisationsgrenzen hinweg zu überwinden. Daten, Informationen und Wissen lassen sich über das semantische Web, Ontologien, Simulationen, Augmented Reality, das Internet der Dinge und das Internet der Dienste vollkommen neu erschließen.

Die Konzepte prägen einen nachhaltigen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel. In den zunehmend vernetzten Regionen und Städten Europas stößt dies auf fruchtbaren Boden und gewinnt so an weiterer Dynamik, Komplexität und Wirkung. Das Engagement der Bevölkerung und ihre Mitwirkung in vielen Bereichen sind Vorboten einer Entwicklung, die in den kommenden Jahren die Gesellschaft und den öffentlichen Sektor verändern wird. Staat und Verwaltung werden sich mit den Herausforderungen einer engagierten Öffentlichkeit konstruktiv auseinandersetzen müssen und diese künftig aktiv nutzen. Dadurch kann das Vertrauen der Bürgerschaft in staatliche Institutionen gefestigt werden. Gleichzeitig ist die Verwaltung dann auf zunehmend raschere Veränderungen besser vorbereitet. Sie kann diese selbst proaktiv mitsteuern.

Zugleich sorgen die Breitbandvernetzung bei Festnetz und Mobilfunk, die zunehmende Rechenleistung der Prozessoren, mobile Endgeräte sowie die Verfügbarkeit von Hochleistungsservern über das Internet dafür, dass die Qualität, der Nutzen und die Verbreitung von vernetzten und mitdenkenden Anwendungen im E-Government zunehmen werden. Das Zusammenspiel von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, von Stadt- und Regionalentwicklung und von hoher Innovationsbegeisterung eröffnen soziale und technologische Integrations- und Vernetzungspotentiale, an deren Realisierung bisher nicht zu denken war.



Die Fachtagung Verwaltungsinformatik und die Fachtagung Rechtsinformatik setzen sich vor diesem Hintergrund mit den folgenden Themenfeldern aus einer technischen, rechtlichen, ökonomischen, verwaltungswissenschaftlichen und politischen Sicht auseinander:

Öffnung von Staat und Verwaltung (Open Government und Good Governance):

- Einsatz von Web 2.0-Technologien und sozialen Medien in Verwaltung, Justiz und Politik
- Weiterverwendung vernetzter offener Daten (Linked Open Government Data) und Informationen des öffentlichen Sektors (Public Sector Information): Potentiale, rechtliche Rahmenbedingungen, Lizenz- und Geschäftsmodelle, Grenzen und praktische Anwendungen
- Transparenz, Partizipation und Kollaboration: Erfahrungen, Konzepte, innovative Technologien und Erkenntnisse zur Bürgerbeteiligung über elektronische Medien (Konsultationen, Offener Haushalt, Beteiligungshaushalte, Liquid Democracy)
- Innovationsmanagement und Open Innovation im öffentlichen Sektor als Anforderung zur erfolgreichen Bewältigung aktueller Herausforderungen
- Offene Staatskunst und offene Staatskünstler
- Web 2.0-Technologien und ihr Einsatz im Spagat zwischen Offenheit, Sicherheit, Verantwortung und Vertrauen im Hinblick auf inhaltliche Qualität und Schutzbedarf
- Wissensmanagement, Wissensprozesse, Wissenstransfer und Open Access
- Zusammenschluss von Aufgabenträgern zur Stärkung ihrer strategischen und wirtschaftlichen Position (z.B. Zusammenschluss öffentlicher IT-Dienstleister)
- Potentiale und Risiken von öffentlich-privaten Partnerschaften in offenen Strukturen
- Vertrauen in die Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung

Offene, smarte und vernetzte Verwaltung:

- Neuartige Potentiale durch Sensoren und Vernetzung in mitdenkenden Städten: Smart Phone, Smart Home, Smart Metering, Smart Grid, Smart Mobility, Smart Health, Smart Education und Smart Justice.
- Horizontale und vertikale Zusammenarbeit von Behörden: Kommunen – Länder – Bund
- Internationale Zusammenarbeit von Behörden und von Europäischen Institutionen
- Vernetzte Architekturen, organisationsübergreifende Prozessketten und proaktive Verwaltungsangebote
- Zwischenbilanz zu den ersten verwaltungsebenenübergreifenden Hochleistungsportalen: One Stop Government, einheitliche Ansprechpartner, Service Center und die einheitliche Behördenrufnummer D115
- Einsatz semantischer Technologien im Internet der Dinge und Dienstleistungen: Neue Anwendungen und Geschäftsmodelle durch Vernetzung von Daten, Informationen, Wissen, Diensten und Prozessen
- Interoperabilität: Interoperable und standardisierte Dokumenten- und Datenformate, standardisierte und interoperable Services und Dienste
- Elektronische Identitäten und elektronische Signaturen über nationale Grenzen hinweg: Interoperabilität und gegenseitige Anerkennung
- IT-Sicherheit in vernetzten Strukturen der öffentlichen Hand: Grundrechte, rechtliche Ausprägungen und organisatorische Anforderungen

Politische und rechtliche Vorgaben für Staat und Verwaltung:

- Spezifische rechtliche Aspekte organisationsübergreifender sowie grenzüberschreitender Vernetzung und Zusammenarbeit
- Gesetzesfolgenabschätzung im Kontext Europäischer Richtlinien
- Politikfeldgestaltung: Modellierung, Inhalte, Analysen, Simulationen, Umsetzung, Evaluation
- Rechtsmodellierung, Rechtsimplementierung und wissensbasierte Argumentationssysteme
- Nationaler IT-Planungsrat und seine sich langsam entfaltende Wirkung
- E-Government-Gesetze bei Bund und Ländern
- Compliance: Sicherstellung rechtlicher Vorgaben bei organisatorischen und technischen Veränderungen vs. rechtliche Anpassungen
- Datenschutz: Grundrechte, aktuelle Herausforderungen und organisatorische Anforderungen



- Personal und Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung im Kontext innovativer Technologie-Nutzung, der demographischen Herausforderung und neuer organisatorischer Kooperationsmodelle
- Einsatz von Entscheidungsautomaten in Fachverfahren zur Visualisierung und Beurteilung von Sachverhalten (Steuern, Verkehrsstrafen, Leistungen): Risikoanalyse und Rechtsschutz
- Erfolgsfaktoren für das Projektmanagement im öffentlichen Sektor
- Leistungsvergleiche über ein elektronisch unterstütztes Benchmarking

Wir rufen hiermit zu Beiträgen der Verwaltungsinformatik, der Rechtsinformatik und des Informationsrechts sowie verwandter Disziplinen aus Wissenschaft und Praxis auf, um Konzepte und Praxisbeispiele im Kontext „Staat und Verwaltung auf dem Weg zu einer offenen, smarten und vernetzten Verwaltungskultur“ vorzustellen und zu diskutieren. Beiträge sind unter dem genannten Motto vor allem zu den oben angesprochenen Themen erwünscht. Sie können jedoch auch weitere Themen behandeln.

Hinweise zur Einreichung der Beiträge

Die Konferenzsprache ist Deutsch.

Alle Beiträge, die im Tagungsband erscheinen sollen, werden einem anonymen Begutachtungsprozess (drei Gutachten) unterzogen und in den GI Lecture Notes in Informatics (LNI) im Köllen Verlag veröffentlicht. Der Umfang der Beiträge zur Begutachtung und Veröffentlichung im Tagungsband ist auf 10 Seiten im Format der GI LNI beschränkt.

Ihre Beiträge können Sie zur Begutachtung unter der Konferenzwebseite (<http://www.ftvi.de>) online einreichen. Die Formatrichtlinie ist ebenfalls unter <http://www.ftvi.de> erhältlich. Bitte anonymisieren Sie Ihren Beitrag für den Blind Review Prozess, sodass kein Hinweis auf Autoren erkenntlich ist. Beiträge zum Blind Review können ausschließlich als PDF-Datei eingereicht werden. Beiträge, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden nicht begutachtet und daher automatisch von der Annahme zur FTVI & FTRI 2012 ausgeschlossen.

Für Bewerbungen um **Beiträge aus der Praxis, die nicht im Tagungsband erscheinen sollen**, wird die Einreichung in Form einer kurzen Zusammenfassung (Zielsetzung, wesentliche Inhalte des Vortrags, Beitrag zur Verwaltungs- und/oder Rechtsinformatik; ca. 1-2 Seite/n) erwartet.

Aktualisierte Einreichfristen und Termine

Einreichfrist für Beiträge zur Begutachtung: **VERLÄNGERUNG bis zum: 03.10.2011**
 Einreichfrist für Praxisvorträge (ohne schriftliche Abfassung für den Tagungsband): **15.10.2011**
 Benachrichtigung über Annahme von Beiträgen und Praxisvorträgen: **07.11.2011**
 Einreichung der druckfertigen Beiträge für den Tagungsband: **15.12.2011**
 Ende der Registrierungsmöglichkeit als "Frühbucher": **31.01.2012**
 Ende der regulären Registrierung zur Konferenz: **29.02.2012**

Tagungsleitung

Prof. Dr. Jörn von Lucke, (Sprecher der FG VI), Zeppelin University Friedrichshafen
 Prof. Dr. Maria Wimmer (Sprecherin des FB RVI der GI), Universität Koblenz-Landau
 Dr. Siegfried Kaiser (ehemaliger stv. Sprecher der FG VI), ITOB GmbH
 Prof. Dr. Dr. Erich Schweighofer (Sprecher des FA RI), Universität Wien, Österreich
 Christian Geiger, M.A., Zeppelin University Friedrichshafen

Programmkomitee

Prof. Dr. Walter Blocher, Universität Kassel
 Dr. Uwe Brinkhoff, Bundesanstalt für
 Immobilienaufgaben

Dr. Michael Breidung, Stadt Dresden
 Prof. Dr. Jan vom Brocke, Universität
 Liechtenstein



Prof. Dr. Martin Brüggemeier, HTW Berlin
Wolfgang Bruns, DLZ IT des BVBS
Prof. Dr. Ralf Daum, DHBW Mannheim
Prof. Dr. Wolfgang Eixelsberger, FH Kärnten
Prof. Dr. Andreas Engel, Stadt Köln
Prof. Dr. Nikolaus Forgó, Gottfried Wilhelm
Leibniz Universität Hannover
Prof. Dr. Herbert Fiedler, Universität Bonn
Prof. Dr. Thomas Gordon, Fraunhofer FOKUS
Prof. Dr. Norbert Gronau, Universität Potsdam
Prof. Dr. Dirk Heckmann, Universität Passau und
Zeppelin University Friedrichshafen
Hans-Peter Hess, Stadt Friedrichshafen
Prof. Dr. Dennis Hilgers, Universität Hamburg
Prof. Dr. Bernd Holznagel, Universität Münster
Prof. Dr. Gerrit Hornung, Universität Passau
Prof. Dr. Holger Hünemohr, Hochschule Rhein-
Main
Dr. Siegfried Kaiser, ITOB GmbH
Prof. Dr. Sayeed Klewitz-Hommelsen,
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
Prof. Dr. Ralf Klischewski, German University in
Kairo, Ägypten
Prof. Dr. Helmut Krcmar, TU München
Tanja Krins, GfWM
Willy Landsberg, European Society for
eGovernment e.V.
Prof. Dr. Klaus Lenk, Universität Oldenburg
Dr. Doris Liebwald, Universität Wuppertal
Prof. Dr. Peter Loos, Universität des Saarlandes
Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin University
Friedrichshafen
Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider, Hochschule
für Wirtschaft und Recht Berlin
Prof. Dr. Andreas Meier, Universität Fribourg
Prof. Dr. Axel Metzger, Gottfried Wilhelm
Leibniz Universität Hannover
Prof. Dr. Bela Mutschler, Hochschule
Ravensburg-Weingarten
Prof. Dr. Phillipp Müller, Universität Erfurt

Prof. Dr. Markus Nüttgens, Universität Hamburg
Prof. Dr. Günther Pernul, Universität Regensburg
Prof. Dr. Detlef Rätz, Fachhochschule der
Sächsischen Verwaltung Meißen
Dr. Helmut Redeker, Rechtsanwälte Heinle,
Baden, Redeker & Partner GbR, Bonn
Jürgen Renfer, Bayrischer
Gemeindeunfallverband
Prof. Dr. Reinhard Riedl, FH Bern, Schweiz
Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Universität Kassel
Georg Schäfer, Innenministerium Baden-
Württemberg
Prof. Dr. Thomas Schaller, Hochschule Hof
Prof. Dr. Birgit Schenk, Hochschule
Ludwigsburg
Prof. Peter Schilling, Fraunhofer FOKUS und
Hochschule Ludwigsburg
Prof. Dr. Tino Schuppan, Institut für
eGovernment, Potsdam
Prof. Dr. Gerd Schwabe, Universität Zürich
Prof. Dr. Dr. Erich Schweighofer, Universität
Wien, Österreich
Peter Sauter, Landratsamt, Bodenseekreis
Prof. Dr. Gerald Spindler, Universität Göttingen
Ulf Steinmetz, Stadt Köln
Prof. Dr. Jürgen Stember, Hochschule Harz
Prof. Dr. Jürgen Taeger, Universität Oldenburg
Prof. Dr. Roland Traunmüller, Universität Linz,
Österreich
Prof. Dr. Anne-Dore Uthe, Hochschule Harz
Prof. Dr. Andreas Wiebe, Universität Göttingen
Prof. Dr. Claus Christian Wiegandt, Universität
Bonn
Prof. Dr. Maria A. Wimmer, Universität
Koblenz-Landau
Dr. Petra Wolf, TU München
Dr. Marianne Wulff, Vitako
Prof. Dr. Hans-Dieter Zimmermann,
Fachhochschule St. Gallen

Veranstalter

GI Fachgruppe Verwaltungsinformatik

GI Fachausschuss Rechtsinformatik

Mitveranstalter

DGRI Fachausschuss
Rechts- und Verwaltungsinformatik
Wissenschaftliche Gesellschaft
Digital Government (WiDiGo)

Bundesministerium des Innern
Innenministerium Baden-Württemberg
Bodenseekreis
Stadt Friedrichshafen
Zeppelin University Friedrichshafen